

ARD

Politikmagazine boykottieren „Zapp“



Mikich

STEFAN MENNE / THOMAS & THOMAS

Die Aufregung ist groß unter den Machern der ARD-Politikmagazine, seit Programmdirektor Volker Herres in einem Interview über eine stärkere Zentralisierung unter einer Dachmarke spekuliert hat. Jüngstes Zeichen der Nervosität: Die Magazinleute verhinderten durch mangelnde Auskunftsbereitschaft einen Bericht des ARD-Medienmagazins „Zapp“, der vergangene Woche ausgestrahlt werden sollte. Anlässlich der Kampagne „Die Wahrheit dahinter“, mit der

zurzeit für „Monitor“ und Co. geworben wird, hatte die „Zapp“-Redaktion einen Beitrag geplant. Darin sollte es auch um die Unart einiger Politiker gehen, den Politikmagazinen systematisch Interviews zu verweigern. Doch als Wahrheit dahinter entpuppte sich dabei: In eigener Sache schätzen die Politikmagazine den Info-Boykott durchaus, selbst gegenüber ARD-Kollegen. Die „Zapp“-Leute hatten zunächst angefragt, beim Treffen der Politikmagazin-Macher vor zwei Wochen

in Leipzig drehen zu dürfen. Nach einer Beratung unter den Chefs der Magazine wurde der Dreh unter der Bedingung erlaubt, dass nur Redaktionsleiter interviewt werden dürfen. Später zogen die Magazine auch diese Zusage zurück. In den Kreisen der Magazinchefs heißt es, man habe befürchtet, dass der „Zapp“-Beitrag zu einer Generalabrechnung mit den Magazinen gerate. Die „Zapp“-Redaktion entschloss sich daraufhin, für ihren Beitrag ein Politikmagazin exemplarisch zu beschreiben, und wählte dafür die „Monitor“-Sendung des WDR aus. Doch beim WDR liefen die Redakteure ebenfalls auf. Die Pressestelle forderte Informationen über die Tendenz des Beitrags und weitere Interviewpartner. Dann entschied sie, man dürfe in der Redaktion zwar Bilder drehen, aber keine Redakteure befragen. Auskünfte dürfe nur Redaktionsleiterin Sonia Mikich erteilen. Da diese jedoch derzeit im Ausland sei, könne man sie erst in zwei Wochen befragen oder schriftlich Fragen einreichen, die Frau Mikich dann per Video beantworten werde. Eine direkte Interviewschalte sei nicht möglich. Daraufhin sagte „Zapp“ den Beitrag ab. Erst vor wenigen Wochen hatte der Intendant des Hessischen Rundfunks, Helmut Reitze, eine Interviewanfrage von „Zapp“ abgelehnt und stattdessen ein vorproduziertes Videostatement geschickt. Beim ZDF-Magazin „Frontal21“ hätte das „Zapp“-Team für den Beitrag ungehindert drehen und alle Redakteure interviewen können. Das war bereits abgesprochen. „Von uns gab es keine einzige Auflage“, sagt Redaktionsleiter Claus Richter.

PROPAGANDA

Linientreue Chatter

Wer sich in China ein wenig Geld verdienen will, kann das auf ganz besondere Weise tun: als regierungskonformer Teilnehmer an Internet-Foren. Chinas Behörden heuern immer häufiger Bürger an, um Chatrooms zu durchforsten und aufmüpfige Beiträge mit linientreuen Ansichten zu kontern. Zudem sollen die Mitarbeiter, wie es offiziell heißt, „Anleitungen für Meinungen im Internet“ geben, also auch Diskussionsthemen aufwerfen, die im Sinne der Führung sind. Voraussetzung für diesen Job sind unter anderem

Kenntnisse in marxistischer Theorie und der KP-Propaganda. Die Polit-Interpreten der Provinzhauptstadt Changsha zum Beispiel erhalten für ihre Arbeit



Internet-Café in Xian

ZHANG HONGWEI / SINOPICTURES

rund 600 Yuan (knapp 70 Euro) monatlich. Im Volksmund heißt die neue Berufsgruppe „50-Cents-Partei“. Das ist eine Anspielung auf Ereignisse in Chinas Geschichte: 1917 hatte der damalige Regierungschef Passanten mit ein paar Münzen bezahlt, damit sie für eine Kriegserklärung gegen Deutschland demonstrierten. Die alten Methoden der Zensur hat die Partei nicht aufgegeben: Jeden Montag erhalten die Internet-Provider von der ZK-Propagandaabteilung eine Liste mit verbotenen Themen, die Cyber-Kontrolleure sofort löschen müssen. Wer die Anweisungen ignoriert, muss mit Geldstrafen, im schlimmsten Fall mit Schließung der Firma rechnen.